

/// Ein altes Bündnis vor neuen Herausforderungen

70 JAHRE NATO

ANDREA ROTTER /// Am 4. April 2019 jährt sich die Unterzeichnung des NATO-Vertrages zum 70. Mal – ein stolzes Alter für ein Bündnis, das im Kontext des Kalten Krieges ins Leben gerufen wurde. Seit Ende des Ost-West-Konfliktes wurde schon oft diskutiert, welche Existenzberechtigung das Bündnis noch hat oder ob es nicht sinnvoller wäre, die Verteidigungsallianz in den Ruhestand zu versetzen. Stattdessen gelang es ihr aber, ihre Rolle in einem sich wandelnden sicherheitspolitischen Umfeld immer wieder neu zu definieren. Diese Anpassungsfähigkeit ist auch heute gefragt.


Warum NATO?

„To keep the Russians out, the Americans in, and the Germans down“ – mit diesen Worten erklärte Lord Ismay, erster Generalsekretär der NATO, das Rationale hinter der Gründung der Atlantischen Allianz. Betrachtet man den historischen und geopolitischen Kontext, sind die Beweggründe nachvollziehbar. Hatten sich die USA nach Ende des Ersten Weltkriegs wieder weitgehend in ihre eigene Hemisphäre zurückgezogen, war es sowohl Washington als auch den europäischen Gründungsstaaten nach den katastrophalen Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs wichtig, die Weltmacht USA an die europäische Sicherheit zu binden. Zudem sollte sichergestellt werden, dass von Deutschland endgültig keine Gefahr mehr für den europäischen Frieden ausgehen würde. Gleichzeitig zeichnete sich spätestens

mit der Berlin-Blockade 1948 ein handfester Konflikt zwischen dem von den USA angeführten Westen und der Sowjetunion ab.

Ausgehend von der gemeinsamen Bedrohungsperzeption einigten sich die zwölf Gründungsstaaten im Nordatlantikpakt darauf, ein System der kollektiven Verteidigung zu begründen. Kernstück des Vertrages ist Artikel 5, in dem die Partner sich gegenseitigen Beistand im Falle eines bewaffneten Angriffs zu sichern. Der Angriff auf einen Mitglieds-

Die NATO sollte die europäische **SICHERHEIT** mit den USA verknüpfen.

A black and white historical photograph capturing the signing of the North Atlantic Treaty. In the foreground, British Foreign Minister Ernest Bevin, wearing glasses and a dark suit, is seated at a desk, focused on signing a document with a pen. To his right, another man in a suit stands looking on. In the background, a third man in a suit stands near a large map of the world. The scene is set in a formal, dimly lit room with heavy drapery.

Die Geburtsstunde der NATO: Am 4. April 1949 unterzeichnet der britische Außenminister Ernest Bevin den Nordatlantikvertrag in Washington. Links steht Sir Oliver Franks, damaliger Botschafter des Vereinigten Königreichs in den USA und gleichzeitig Vorsitzender der NATO-Vertragsvorbereitungsverhandlungen.

staat stellt folglich einen Angriff auf das gesamte Bündnis dar. In ihrer 70-jährigen Geschichte war dies erst einmal nach den Anschlägen vom 11. September der Fall. Allerdings liegt die Art des Beistands im Ermessen eines jeden Mitglieds, sodass ein Bündnisfall nicht automatisch eine militärische Reaktion zur Folge haben muss.

War die Aufgabe der NATO im Kalten Krieg noch klar definiert, nämlich als Verteidigungsallianz gegenüber der Sowjetunion und dem 1955 gegründeten Warschauer Pakt, nahm der Zerfall der UdSSR dem Bündnis schlagartig den Grund seines Bestehens. Obgleich die NATO stets an ihrer Kernfunktion der Bündnisverteidigung festhielt, gab das Ende des Kalten Krieges Anstoß für einen tiefgehenden Transformationsprozess hin zu einem System der kollektiven Sicherheit.¹ Bedingt durch die Umbrüche im sicherheitspolitischen Umfeld, z. B. die wiedererlangte Souveränität der mittel- und osteuropäischen Staaten, erweiterte die NATO sukzessive ihr Aufgabengebiet, um neuen Sicherheitsbedrohungen zu begegnen. Das Strategische Konzept von 1991 rückte Dialog- und Kooperationsformate mit den ehemaligen Sowjetstaaten sowie Krisenmanagement und Konfliktprävention stärker in den Fokus.²

Durch Partnerschaftsformate wie das Partnership for Peace-Programm (PfP) oder den Mediterranean Dialogue entwickelte die NATO Instrumente, um partnerschaftliche Beziehungen mit Nichtmitgliedsstaaten aufzubauen, und etablierte somit ein breitgefächertes Netzwerk aus Staaten in Europa, Asien und Nordafrika. Im Zentrum der Partnerschaftsprogramme standen die militärische Zusammenarbeit und vertrauensbildende Maßnahmen sowie Hilfe-

stellung bei demokratischen Reformen. Neben das Ziel der Bündnisverteidigung trat die ambitionierte Vision, zum Grundstein für eine gesamteuropäische Sicherheitsarchitektur zu werden.

Der Beitritt ehemaliger Warschauer Pakt-Staaten in mehreren Erweiterungsrunden (1999, 2004, 2009 und zuletzt 2017) unterstrich die anhaltende Attraktivität der Allianz, die schon lange ihrer Rolle als primär militärisches Bündnis entwachsen war. Bereits im Harmel-Bericht 1967 wurde die politische Dimension der NATO hervorgehoben, die neben der Abschreckung auch als Konsultationsforum und Rahmen für die sicherheits- und verteidigungspolitische Koordination der Mitglieder dienen sollte, obgleich die Debatte, wie ausgeprägt die politische Allianz sein soll, noch heute geführt wird.³

Das Bündnis wurde Grundstein für eine **GESAMTEUROPÄISCHE** Sicherheitsarchitektur.

Der Zerfall Jugoslawiens führte die fragile Stabilität der europäischen Sicherheit vor Augen und entfachte innerhalb der NATO eine Debatte über Einsätze außerhalb des Bündnisgebietes: „NATO should either go out of area or out of business“, konstatierte US-Senator Richard Lugar 1993 und unterstrich die Notwendigkeit der NATO, ihr Aufgabenspektrum neu zu definieren.⁴ Nach intensiver Diskussion entschloss man sich, auf UN-Geheiß ein Waffen-

embargo und eine Flugverbotszone während des Bosnienkriegs durchzusetzen, wobei es zu den ersten Kampfeinsätzen der NATO außerhalb ihres Territoriums kam. Seither brachte sich das Bündnis in einer Reihe von Operationen ein, die zum Teil nicht unumstritten waren und deren Schatten auf die folgenden Einsätze fiel. So missfiel den USA die komplizierte Konsensbildung unter den Alliierten während des Kosovo-Einsatzes 1999, weshalb sie nach den Anschlägen von 9/11 lieber auf eine Koalition der Willigen setzten, als sich der mühsamen Entscheidungsfindung auf NATO-Ebene zu unterwerfen („no more war by committee“).

Heute ist die Allianz in der Lage, ein diverses Spektrum an Operationen durchzuführen. So leitet sie aktuell die Missionen in Afghanistan (Resolute Support in Folge des ISAF-Einsatzes), im Kosovo (KFOR) und im Mittelmeerraum (Sea Guardian) und führt darüber hinaus eine Trainingsmission im Irak (NATO Mission Iraq) sowie Unterstützungsleistungen für die Afrikanische Union bei Peacekeeping-Missionen durch. Die Geschichte der NATO ist also von einer herausragenden Anpassungsfähigkeit geprägt, so dass sie zu Recht als „most successful military alliance in history“ charakterisiert wird.⁵ Angesichts mehrerer Bedrohungen, die die weitere Entwicklung der NATO und ihre Fähigkeit, auf sicherheitspolitische Herausforderungen

zu reagieren, ernsthaft beeinträchtigen können, muss sich das Bündnis erneut als wandlungsfähig erweisen.

Anpassung an eine komplexe Bedrohungslage

Hatte man nach dem Kalten Krieg noch auf eine neue, bessere Weltordnung gehofft, in der internationale Kooperation und nicht Konfrontation das bestimmende Merkmal sein sollte, gestalten sich seither die Sicherheitsbedrohungen als deutlich komplexer. An die Stelle eines zentralen Widersachers im bipolaren System traten zerfallende Staaten, nichtstaatliche Akteure (Terroristen, internationale Kriminalität) und die Proliferation von Massenvernichtungswaffen. Zugleich verblasste der unipolare Moment der USA, als neue aufstrebende Staaten an internationalem Einfluss gewannen und das von den USA etablierte System in Frage stellten. Mit der Ukraine-Krise und der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim durch Russland 2014 rückte erneut die Bedeutung von Bündnisverteidigung und Abschreckung in den Fokus der NATO – eine Situation, die einige Beobachter an die Gegenüberstellung im Kalten Krieg erinnerte, die aufgrund der hybriden Natur der verwendeten Mittel allerdings unter neuen Vorzeichen stattfindet.

Mittels technologischer Fortschritte, z. B. im Cyberraum, können staatliche und nichtstaatliche Akteure die Funktionsfähigkeit eines Staates und seiner kritischen Infrastrukturen (z. B. Strom- oder Wasserversorgung) einschränken oder den gesellschaftlichen Zusammenhalt in offenen, pluralistischen Staaten unterminieren, ohne einen einzigen Schuss abzufeuern. Es handelt sich also um Angriffe unterhalb der Schwelle eines konventionellen Krieges, die das Po-

Das **LEISTUNGSSPEKTRUM** der NATO ist mittlerweile sehr vielseitig.

tenzial haben, westliche Demokratien zu destabilisieren und die Geschlossenheit des Bündnisses zu sprengen. Somit muss sich die Allianz auf neue Bedrohungsszenarien einstellen, ohne ihre traditionellen Aufgaben zu vernachlässigen. Ein Verbund von 29 Nationalstaa-

Bedrohungen aus dem CYBERRAUM sind eine neue Herausforderung für die Allianz.

ten mit jeweils unterschiedlichen Bedrohungswahrnehmungen, Interessen und Kapazitäten kann dem erforderlichen Aufgabenspektrum nicht gänzlich gerecht werden. Zu Recht warnt mancher Beobachter vor einer Überdehnung der NATO, die sie letztendlich ihrer Relevanz beraubt. Daher ist es unabdingbar, dass sich die Mitglieder auf Prioritäten einigen, die langfristig die wichtigsten Sicherheitsbedrohungen umfassen, aber zugleich auch realisierbar sind.

Russland: Klassische Bündnisverteidigung und hybride Bedrohungen

2014 läutete für die NATO abrupt die Rückkehr in die „Artikel-5-Welt“ ein.⁶ Das Bündnis reagierte auf den Gipfeln von Wales 2014 und Warschau 2016 mit einer Reihe von Maßnahmen, die bislang zwar bemerkenswert gut umgesetzt wurden, aber auch in Zukunft kontinuierliche Anstrengungen erfordern. Hierzu gehört u. a. die „enhanced Forward Presence“ (verstärkte Vorpräsenz) in Polen und den baltischen Staaten. Durch

vier multinationale, auf Rotationsbasis stationierte Bataillone, von denen der Kampfverband in Litauen unter deutscher Führung steht, hat die NATO einen „Stolperdraht“ in Polen und im Baltikum gelegt, der eine mögliche russische Aggression abschrecken soll. Darüber hinaus wurde die Einsatzbereitschaft der NATO Response Force erhöht und durch die Schaffung einer schnell verlegbaren „Speerspitze“ (Very High Readiness Joint Task Force, VJTF) reaktionsschneller gestaltet. Zugleich wurden die Übungsaktivitäten intensiviert und die Fähigkeitsentwicklung durch eine optimierte NATO-Verteidigungsplanung vorangetrieben.⁷

Beim jüngsten Gipfel in Brüssel 2018 wurde zudem eine Reform der NATO-Kommandostruktur beschlossen, wodurch zwei neue Kommandozentralen geschaffen wurden: das Joint Force Command for the Atlantic im US-amerikanischen Norfolk, Virginia, das die Aufrechterhaltung der Kommunikationskanäle zwischen Europa und den USA gewährleisten soll, und das Logistikzentrum in Ulm, das die Verlegung von Truppen und Material innerhalb Europas effektiver gestalten soll. Durch die NATO Readiness Initiative, die sogenannten „Four Thirties“, soll bis 2020 sichergestellt werden, dass die Verbündeten innerhalb von 30 Tagen 30 Bataillone, 30 Schlachtschiffe und 30 Flugstaffeln einsatzbereit haben. Denn neben fehlenden militärischen Kapazitäten der Europäer stellt eine unzureichende militärische Mobilität auf dem Kontinent einen Schwachpunkt innerhalb der NATO dar. Der zunehmend hybriden Natur von Sicherheitsbedrohungen antwortete sie durch die Schaffung eines neuen Cyber Operations Center in Mons, Belgien sowie die Eta-

blierung von Counter-Hybrid Support Teams, die den Alliierten auf Anfrage zur Hilfe kommen, um sie gegen Cyberattacken oder Desinformationskampagnen zu unterstützen.⁸ Trotz dieser nennenswerten Fortschritte, gilt es weiterhin, das Fähigkeitsprofil der NATO voranzutreiben und die Resilienz des Bündnisses gegenüber diesen hybriden Bedrohungen zu verstärken.

Das drohende Ende des INF-Vertrags (Intermediate Range Nuclear Forces), der seit 1987 die Stationierung von landgestützten nuklearen Mittelstreckenraketen mit einer Reichweite von 500-5.500 km verbat, stellt das Bündnis vor eine obsolet geglaubte Herausforderung. Da Russland bereits seit 2014 vorgeworfen wird, mit der Entwicklung und Aufstellung seiner Marschflugkörper SSC-8 gegen den Vertrag zu verstoßen, ist die

unter Einbezug aller Akteure (USA, Russland, aber auch China, das nicht durch den INF-Vertrag gebunden ist) wieder auf die internationale Agenda gesetzt werden.¹⁰ Allerdings sind die Fronten nach Moskaus Ankündigung, den INF-Vertrag ebenfalls auszusetzen, derart verhärtet, so dass alle Optionen, wie im Ernstfall die erneute Stationierung US-amerikanischer nuklearer Mittelstreckenraketen in Europa, offen diskutiert werden müssen, um die Abschreckung gegenüber Russland weiterhin wirksam zu gestalten.

Diffuse Bedrohungen im Süden

Trotz des Anspruchs einer „360-Grad-NATO“, die die augenscheinliche Bedrohung im Osten mit den diffusen Bedrohungen im Süden balanciert, konzentrieren sich die Anstrengungen der NATO seit 2014 vorwiegend auf die östliche Flanke.¹¹ Zwar zeigen sich die südeuropäischen Staaten in ihrer Unterstützung solidarisch mit den östlichen Partnern, doch muss die NATO Antworten auf die Herausforderungen im Süden finden, die von fragiler Staatlichkeit und Migrationsströmen über Terrorismus bis hin zur Piraterie reichen, um eine ernsthafte Süd-Ost-Kluft innerhalb des Bündnisses zu verhindern. Zudem haben Staaten wie Frankreich und Italien, die ein Bewusstsein für Herausforderungen aus dem Süden haben, in der Vergangenheit auf nationale Ansätze anstelle einer erweiterten Bündnisrolle gesetzt.¹² Um dieses Defizit anzugehen, wurde 2018 in Brüssel ein umfangreiches Paket verabschiedet, das mehrere Initiativen vorsieht, um das NATO-Engagement im Mittleren Osten und Nordafrika genauer festzulegen. Im Wesentlichen werden drei Ziele verfolgt: Erstens die Abwehr- und Abschreckungsfähig-

Das drohende **ENDE** des INF-Vertrags stellt das Bündnis erneut vor Herausforderungen.

Ankündigung der USA, aus dem Vertrag auszusteigen, die logische Konsequenz. Bislang demonstriert das Bündnis Einigkeit und steht hinter der Entscheidung Washingtons. Nun bleibt eine sechsmonatige Übergangsfrist, ehe die USA endgültig aus dem Vertrag ausscheiden, um einen der wichtigsten „Pfeiler europäischer Sicherheit“ zu retten.⁹ Hierbei muss nach wie vor der Dialog mit Russland gewahrt bleiben und, wie von der Bundesregierung gefordert, Abrüstung

keiten des Bündnisses gegenüber Bedrohungen aus dem Süden stärken, zweitens einen Beitrag zum internationalen Krisenmanagement in der Region leisten und drittens Partnerstaaten Hilfestellung bei der Entwicklung ihrer Resilienz gegenüber Sicherheitsbedrohungen bieten. Daneben verfügt das Bündnis nun über die volle operative Einsatzbereitschaft des NATO Strategic Direction South Hub in Neapel (Italien), das neben Informations- und Analysezentrum für Entwicklungen in der südlichen Peripherie auch als zentrale Anlaufstelle für alle Interaktionen mit den NATO-Partnern im Süden fungieren soll.¹³

Allerdings muss das Bündnis eine klarere Strategie für den Süden entwickeln, die überprüfbare Ziele definiert und notwendige Kapazitäten bereitstellt, da die Interdependenz zwischen euro-atlantischer und mediterraner Sicherheit künftig noch weiter zunehmen wird. Es geht also nicht nur darum, einen Konsens innerhalb der NATO zu finden, sondern auch langfristig Verlässlichkeit für die Partner im Süden zu signalisieren. Hierbei dürften in erster Linie die Europäer gefragt sein, da die USA viele der südlichen Herausforderungen als Probleme in Europas „backyard“ erachten und gerade unter Donald Trump kein Interesse an langfristigen Stabilisierungsmaßnahmen besteht. Hierbei ist ein Ausbau der NATO-EU-Kooperation unabdingbar, der gegebe-

nenfalls im operativen Bereich durch Koalitionen der Willigen ergänzt wird.

Über den Tellerrand blicken: China

Während sich die USA und Europa mit den Bedrohungen aus dem Osten und Süden befassen, arbeitet China zielstrebig an seinem weiteren Aufstieg. Gegenwärtige Debatten um die Zukunft der liberalen Ordnung fokussieren sich neben dem Rückzug der USA auf den Systemkonflikt mit einem revisionistischen China, das dabei ist, sein Alternativangebot weiter voran zu bringen. Aus chinesischer Sicht stellt die internationale Ordnung in erster Linie eine transatlantische Ordnung dar. Peking nutzt zwar die Freihandelsstrukturen, um seinen globalen Einfluss zu vergrößern, gilt jedoch nicht als Verfechter ihrer liberalen Normen. Der aktuelle Strategic Foresight Analysis-Bericht der NATO betont, dass sich die geostrategische Machtverschiebung durch den wirtschaftlichen und militärischen Aufstieg Chinas zum asiatisch-pazifischen Raum fortsetzen wird – eine Tatsache, die das transatlantische Bündnis nicht ignorieren kann.¹⁴

Als globale Macht haben die USA unter Präsident Obama bereits den „pivot to Asia“, den Strategeschwenk hin zum asiatisch-pazifischen Raum, initiiert, weshalb Washington den Europäern künftig noch mehr Eigenverantwortung für ihre Sicherheit abverlangen wird. Das Szenario, dass die NATO im Falle einer direkten Konfrontation zwischen den USA und China im asiatisch-pazifischen Raum eine Rolle spielt, ist derzeit unwahrscheinlich. Langsam reift in den USA und Europa allerdings das Bewusstsein dafür, dass Pekings Belt and Road-Initiative sowie Investitionen in wichtige Industrien (vgl. Made in Chi-

Den Partnern im Süden muss
VERLÄSSLICHKEIT signalisiert werden.

na 2025-Strategy), in sensible Technologiefelder (z. B. das deutsche Robotikunternehmen KUKA AG) und in kritische Infrastrukturen (z. B. Griechenlands Hafen in Piräus) Peking erheblichen Einfluss in europäischen Mitgliedsstaaten verschaffen und potenziell Europas Sicherheitsinteressen mittel- bis langfristig gefährden können.¹⁵ Daher sollte zum einen der noch nicht lange existierende Dialog mit China intensiviert werden. Zum anderen muss in der NATO die Debatte angestoßen werden, welche Implikationen die Abhängigkeit europäischer Schlüsselindustrien von China für die Sicherheit des Bündnisses mit sich bringt und welche Maßnahmen die Allianz ergreifen kann, um ihre Sicherheitsinteressen langfristig zu wahren.¹⁶

Die NATO braucht die Entwicklung einer **GEMEINSAMEN Strategie gegenüber dem Machtaufstieg Chinas.**

Kohärenz des Bündnisses

Neben einer Vielzahl an externen Herausforderungen muss das Bündnis zukünftig mehr Energie darauf verwenden, seine interne Geschlossenheit zu bewahren. Konsequenzen aus der America-First-Politik der gegenwärtigen US-Administration und daraus resultierende transatlantische Konflikte sowie nationalistische Bestrebungen innerhalb Europas, die zum Teil mit einem Niedergang demokratischer Strukturen einhergehen, bergen das Potenzial, die Kohärenz des Bündnisses zu riskieren.

Seit der Wahl von Donald Trump zum Präsidenten der Vereinigten Staaten hat sich die Dynamik innerhalb der Allianz verändert. Zwar gab es schon mehrere handfeste Krisen zwischen den Alliierten, z. B. das Zerwürfnis über die US-Invasion des Iraks 2003, doch wurde trotz aller Konflikte nie die rote Linie überschritten, natürlich die Bündnissolidarität ernsthaft in Frage zu stellen bzw. sie an bestimmte Bedingungen zu knüpfen. Beides hat Donald Trump getan, als er in den Raum stellte, die USA würden ihre Beistandsleistungen im Ernstfall von den Eigenleistungen des betroffenen Staates abhängig machen, und beim letzten NATO-Gipfel 2018 sogar drohte, die USA aus der NATO abziehen, sollten die europäischen Bündnispartner nicht ihre Verteidigungsetats erhöhen.¹⁷ Natürlich kann man dagegenhalten, dass die USA trotz der präsidentiellen Rhetorik ihre Verpflichtungen innerhalb der NATO erfüllen und sie zudem ihre Truppenpräsenz in Europa sowie die sogenannte European Deterrence Initiative, also das Budget für das US-Engagement in Osteuropa, deutlich erhöht haben. Dennoch löst das Auftreten des Präsidenten, der im Ernstfall über den Einsatz US-amerikanischer Truppen entscheidet, eine schwere Vertrauenskrise innerhalb der Allianz aus. Dies führt nicht nur zur Verunsicherung der osteuropäischen Partner, die sich im besonderen Maße von Russland bedroht fühlen, sondern unterminiert auch die Abschreckungsstrategie des Bündnisses gegenüber Moskau, die auf Amerikas Sicherheitsgarantien basiert.

Natürlich ist die Kritik der USA an Europas Engagement für die eigene Sicherheit weder unbegründet noch neu. Bereits die Obama-Administration kritisierte die ungleiche Lastenverteilung

innerhalb der NATO deutlich. Doch Donald Trump legt den Finger unnachgiebiger in die Wunde der europäischen Trittbrettfahrerei. Fakt ist, Europa muss wesentlich mehr Verantwortung für die eigene Sicherheit übernehmen. Donald Trump kann man ausgehend von seiner Auffassung der Weltpolitik als Nullsummenspiel und seinem transaktionalen Verständnis nur von den Vorzügen der NATO überzeugen, wenn die europäischen Alliierten als verlässliche Partner auftreten. Das bedeutet einerseits einen enormen finanziellen Aufwand, andererseits einen langen Atem und viel politischen Willen.

Europa muss mehr VERANTWORTUNG für die eigene Sicherheit übernehmen.

Zwar ist die Kluft zwischen den USA und Europa mit Hinblick auf finanzielle Mittel und Kapazitäten noch unverhältnismäßig groß, doch haben die europäischen Staaten eine Trendwende erreicht.

Nach Jahren sinkender Verteidigungsausgaben investiert das gesamte Bündnis deutlich mehr in die Verteidigung.¹⁸

Gleichzeitig sind im Rahmen der Europäischen Union beachtliche Initiativen ins Leben gerufen worden, um den europäischen Pfeiler innerhalb der NATO zu stärken: ein jährlicher Koordinationsprozess hinsichtlich der Verteidigungsinvestitionen (CARD), die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit (PESCO) sowie der Europäische Verteidigungsfonds (EDF) zur Förderung gemeinsamer Rüstungsprojekte. Allerdings hat das erklärte Ziel, die in der Globalen Strategie 2016 genannte „Strategische Autonomie“, seitdem zu Irritationen in den USA und innerhalb Europas geführt.¹⁹ In einer Manier, die an Madeleine Albright's berühmten drei Ds (de-link, duplicate, discriminate) erinnert, warnt Washington davor, Kapazitäten der NATO zu duplizieren oder gar zu beeinträchtigen. Gleichzeitig ist das Konzept der Strategischen Autonomie nicht ausreichend definiert bzw. von allen europäischen Staaten gleichermaßen unterstützt. Während Paris sich zunehmend frustriert von Berlins Zaudern zeigt, wird eine etwaige Emanzipation von den USA, gleichwohl diese auf Jahre noch unrealistisch ist, von osteuropäi-

in Mrd. Dollar	2015	2016	2017 (geschätzt)	2018 (geschätzt)
USA	594	603 (+1,52%)	618 (+2,49%)	623 (+0,81%)
Europa & Kanada	277	286 (+3,25%)	301 (+5,24%)	312 (+3,65%)
Gesamt	871	889 (+2,07%)	919 (+3,37%)	936 (+1,85%)

Quelle: Eigene Darstellung, basierend auf dem jährlichen NATO-Bericht über die Entwicklung der Verteidigungsausgaben.

schen Staaten abgelehnt: „Autonomie bedeutet Autonomie von jemandem – es ist besser einen anderen Begriff zu benutzen“, bemerkt Litauens Verteidigungsminister Raimundas Karoblis und unterstreicht somit die Sorge vieler Osteuropäer, die USA mit zu ambitionierten Initiativen zu verprellen.²⁰ Europa muss also nicht nur seine enormen Fähigkeitslücken zur NATO schnell und komplementär schließen, sondern zunächst auf eine allgemein akzeptierte konzeptionelle Basis stellen.

INNENPOLITISCHE Entwicklungen einiger Mitglieder gefährden die gemeinsamen Werte der NATO.

Eine weitere Herausforderung für das transatlantische Bündnis stellen die innenpolitischen Entwicklungen in einigen NATO-Mitgliedsländern dar. Von Beginn an verband man mit der NATO nicht nur eine militärische, sondern auch eine politische Allianz, deren Mitglieder durch gemeinsame Werte geeint waren. So hält die Präambel des Nordatlantikvertrages fest, dass ihre Mitglieder „entschlossen [sind], die Freiheit, das gemeinsame Erbe und die Zivilisation ihrer Völker, die auf den Grundsätzen der Demokratie, der Freiheit der Person und der Herrschaft des Rechts beruhen, zu gewährleisten.“²¹ Umstrittene Reformen in Polen, Einschränkungen der Pressefreiheit in Ungarn sowie die Umwälzungen seit dem Verfassungsreferendum in der Türkei stellen den selbstge-

steckten demokratiefördernden Anspruch des Bündnisses in Frage. Natürlich ist es strategisch delikater, einen internen Konflikt heraufzubeschwören, falls man als Bündnis diese kritischen Entwicklungen offen anspricht. Allerdings leidet langfristig gesehen nicht nur die externe Glaubwürdigkeit der NATO, sondern auch die Wahrung der eigenen sicherheitspolitischen Interessen, falls derartige Entwicklungen unkommentiert fortschreiten.²²

Die Welt braucht die NATO immer noch

Ihre 70-jährige Geschichte zeugt davon, dass sich die NATO immer wieder erfolgreich an ihr sicherheitspolitisches Umfeld anpassen und so ihre Raison d’Être erneuern konnte. Auch heute nimmt die NATO eine wichtige Rolle als militärische und politische Allianz ein, die wie kein anderes Bündnis einen Beitrag zur transatlantischen Sicherheit leistet. Nicht umsonst unterstreicht Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen zu Beginn des Jubiläumjahres in der New York Times die Bedeutung des Bündnisses für die internationale Ordnung: „The world still needs NATO“ – vor allem gegenüber Akteuren wie Russland und China, die die internationale Ordnung herausfordern.²³ Hierzu bedarf es allerdings einer erneuten Anpassungsfähigkeit, da sich das Bündnis mit einer Vielzahl von externen Sicherheitsbedrohungen konfrontiert sieht, während interne Konflikte die Kohärenz der Allianz gefährden. Wichtige Weichen, um diesen Bedrohungen zu begegnen, wurden in den letzten Jahren gestellt. Damit die NATO allerdings auch ihr nächstes Jubiläum als relevanter Akteur begehen kann, bedarf es einer langfristigen strategischen Ausrichtung, ausrei-

chend finanzieller Ressourcen, eines enormen politischen Willens sowie der Geschlossenheit der Mitglieder gegenüber Akteuren, die einen Keil in die Allianz treiben möchten. Hierzu müssen ehrliche und unangenehme Debatten im Bündnis geführt werden – aber das gehört in einer 70-jährigen Partnerschaft auch dazu. ///



/// ANDREA ROTTER M.A.

ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Akademie für Politik und Zeitgeschehen in der Hanns-Seidel-Stiftung, München.

Anmerkungen

- ¹ Vgl. Meier-Walser, Reinhard: Die NATO im Funktions- und Bedeutungswandel – Veränderungen und Perspektiven transatlantischer Sicherheitspolitik, Wiesbaden 2018.
- ² Vgl. The Alliance's New Strategic Concept, NATO, https://www.nato.int/cps/en/natohq/official_texts_23847.htm, Stand: 23.1.2019.
- ³ Vgl. Rynning, Sten: The Divide: France, Germany and Political NATO, in: International Affairs Nr.2/2017, S. 267-289.
- ⁴ Zit. nach Asmus, Ronald u. a.: Building a New NATO, in: Foreign Affairs Nr.4, September/October 1993, S. 28-40.
- ⁵ Why NATO Matters, in: The New York Times, <https://www.nytimes.com/2018/07/08/opinion/editorials/why-nato-matters.html>, Stand: 23.1.2019.
- ⁶ Kamp, Karl-Heinz: Der NATO-Gipfel von Warschau – Sieben zu erwartende Botschaften, Bundesakademie für Sicherheitspolitik, https://www.baks.bund.de/sites/baks010/files/arbeitspapier_sicherheitspolitik_2016_18.pdf, Stand: 2.2.2019.
- ⁷ Vgl. Meyer zum Felde, Rainer: Erfolg und Desaster zugleich – Der NATO-Gipfel in Brüssel und seine Konsequenzen, in: SIRIUS – Zeitschrift für Strategische Analysen 2/4 2018, S. 385-388.
- ⁸ Brussels Summit Declaration: NATO, https://www.nato.int/cps/en/natohq/official_texts_156624.htm#27, Stand: 2.2.2019.
- ⁹ Mölling, Christian / Brauß, Heinrich: Europas Sicherheit ohne INF-Vertrag: Politische und strate-

- gische Handlungsoptionen für Deutschland und die NATO, DGAP kompakt, <https://dgap.org/de/think-tank/publikationen/dgapkompakt/abschreckung-und-ruestungskontrolle>, Stand: 2.2.2019.
- ¹⁰ Russland setzt INF-Vertrag ebenfalls aus, Zeit Online, <https://www.zeit.de/politik/ausland/2019-02/atomare-abruestung-russland-wladimir-putin-aus-setzen-usa>, Stand: 3.2.2019.
 - ¹¹ Lesser, Ian u. a.: The Future of NATO's Mediterranean Dialogue, <http://www.gmfus.org/publications/future-natos-mediterranean-dialogue>, Stand: 2.2.2019.
 - ¹² Wall, Colin: NATO's New Window to the South, Atlantic Council, <https://www.atlanticcouncil.org/blogs/new-atlanticist/nato-s-new-window-to-the-south>, Stand: 2.2.2019.
 - ¹³ Vgl. Brussels Summit Declaration: NATO, https://www.nato.int/cps/en/natohq/official_texts_156624.htm#27, Stand: 2.2.2019.
 - ¹⁴ Alle vier Jahre erstellt die NATO eine zukunftsgerichtete Analyse, um Veränderungen im sicherheitspolitischen Umfeld der Allianz zu prognostizieren: NATO, in: Strategic Foresight Analysis 2017 Report, <https://www.act.nato.int/futures-work>, Stand: 3.2.2019.
 - ¹⁵ Vgl. Le Corre, Philippe: China's Rise as a Geoeconomic Influencer: Four European Case Studies, Carnegie Endowment for International Peace, <https://carnegieendowment.org/2018/10/15/chinas-rise-as-geoeconomic-influencer-four-european-case-studies-pub-77462>, Stand: 3.2.2019; siehe auch Aktuelle Analysen 68: Chinas Seidenstraßeninitiative und die EU, hrsg. von Hanns-Seidel-Stiftung, München 2018.
 - ¹⁶ Vgl. Wright, Thomas / Brenner, Thorsten: China's Relations with U.S. Allies and Partners in Europe, Brookings, <https://www.brookings.edu/testimonies/chinas-relations-with-u-s-allies-and-partners-in-europe/>, Stand: 3.2.2019.
 - ¹⁷ Vgl. Barnes, Julian E. / Cooper, Helene: Pulling U.S. From NATO, Aides Say Amid New Concerns Over Russia, <https://www.nytimes.com/2019/01/14/us/politics/nato-president-trump.html>, Stand: 29.1.2019.
 - ¹⁸ Defence Expenditure of NATO Countries (2011-2018), NATO, https://www.nato.int/nato_static_fl2014/assets/pdf/pdf_2018_07/20180709_180710-pr2018-91-en.pdf, Stand: 29.1.2019.
 - ¹⁹ A Global Strategy for the European Union, https://eeas.europa.eu/archives/docs/top_stories/pdf/eugs_review_web.pdf, Stand: 4.2.2019.
 - ²⁰ Zit. nach Trofimov, Yaroslav: Is Europe Ready to Defend Itself?, <https://www.wsj.com/articles/is-europe-ready-to-defend-itself-11546623417>, Stand: 4.2.2019.
 - ²¹ Der Nordatlantikvertrag, NATO, https://www.nato.int/cps/en/natohq/official_texts_17120.htm#selectedLocale=de, Stand: 21.1.2019.
 - ²² Vgl. Katz, Jonathan / Taussig, Torrey: An Inconvenient Truth: Addressing Democratic Backsliding within NATO, <https://www.brookings.edu/blog/order-from-chaos/2018/07/10/an-inconvenient-truth-addressing-democratic-backsliding-within-nato/>, Stand: 21.1.2019.
 - ²³ Von der Leyen, Ursula: The World Still Needs NATO, in: New York Times, <https://www.nytimes.com/2019/01/18/opinion/nato-european-union-america.html>, Stand: 2.2.2019.